



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 29.11.2012, 17:06 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Kinder- und Familienzentrum Poppenweiler
- Mündlicher Bericht externer Controller
- Entwurfsbeschluss
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 490/12

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) auf die Vorl. Nr. 490/12.

Herr **Werner** (SCD Architekten Ingenieure GmbH) schildert anhand einer Präsentation, siehe Anlage zur Niederschrift, die Ergebnisse des durchgeführten Controllings.

Stadtrat **Lutz** betont, dass die Durchführung eines externen Controllings richtig und wichtig gewesen sei. Seine Fraktion befürworte den Bau des Kinder- und Familienzentrums. Aufgrund der vielen Mängel sei fraglich, ob der Kauf des „Schill-Gebäudes“ sinnvoll gewesen sei. Seine Fraktion ist der Meinung, dass ein Neubau nicht teurer wird als eine Generalsanierung bzw. dass der Kostenunterschied nicht sicher sei. Deswegen spricht sich die CDU-Fraktion für einen Abriss des „Wohnhauses Schill“ und Neubau aus.

Stadträtin **Liepins** stellt fest, dass das „Schill-Gebäude“ aufgrund der erheblichen vorgestellten Mängel eigentlich abgebrochen werden müsse. Bei einem Abbruch und anschließendem Neubau könnte auch eine andere Architektur und Belichtung erfolgen.

Stadtrat **Glasbrenner** erinnert an den abweichenden Beschluss des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 28.11.2012. Außerdem weist er daraufhin, dass das „Schill-Gebäude“ in spezifischer Bauweise errichtet worden sei. Deshalb seien die Kosten bei einem Neubau eventuell günstiger. Bei einer Generalsanierung des „Wohnhauses Schill“ würden Probleme mit dem Aufzug sowie aufgrund der Halbgeschossigkeit entstehen. Außerdem seien in dem Gebäude Flächen wie z. B. das Dachgeschoss vorhanden, die kaum nutzbar seien.

Für Stadtrat **Gericke** sind noch viele Fragen offen und er bittet die Verwaltung um deren Einschätzung. Der Kauf des „Schill-Gebäudes“ war seiner Meinung nach erforderlich. Entscheidend für die Auswahl der besseren Alternative sei auch die Zeitfrage.

Stadtrat **Haag** legt dar, dass er bereits vermutet habe, dass die Kosten eines Abbruches des „Schill-Gebäudes“ mit Neubau etwa gleich hoch sind wie die Kosten einer Generalsanierung. Mit einem Neubau könnten die bisherigen Probleme beseitigt werden. Er schlägt vor, dass eine Neuplanung mit Mehrfachbeauftragung durchgeführt werden solle.

Stadträtin **Burkhardt** vertritt den Standpunkt, dass klar gewesen sei, dass der Bau des Kinder-

und Familienzentrum mit hohen Kosten verbunden sei. Die bisherige Planung sei sehr schwierig gewesen. Jetzt müsse entschieden werden, ob die gesamte Planung überarbeitet werden müsse.

BM **Schmid** stellt klar, dass das „Wohnhaus Schill“ im Jahr 1994 errichtet worden sei. Die Kosten für das Kinder- und Familienzentrum seien bei Erhalt und Generalsanierung des „Schill-Gebäudes“ geringer. Aus seiner Sicht sei eine Mehrfachbeauftragung zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr sinnvoll.

Herr **Weißer** ergänzt, dass der Kostenunterschied zwischen Generalsanierung und Neubau zwischen 0 und 250.000 Euro liegen würde. Die vorgelegte Planung würde die wesentlichen Risiken enthalten. Ein Neubau müsse entlang der Straße ausgerichtet werden, so dass die Nord-Süd-Ausrichtung bestehen bleiben werde. Aus Sicht der Verwaltung sei eine Generalsanierung des „Schill-Gebäudes“ die bessere Alternative. Die Split-Level-Bauweise sei aus architektonischer Sicht gut. Allerdings seien damit höhere Kosten, z. B. für den Aufzug, verbunden. Der genannte hohe Standard beziehe sich z. B. auf das Parkett oder die Holzverkleidung an den Wänden. Aufgrund des Volumens des „Wohnhauses Schill“ wäre das Gebäude optimierbar. Für die vorgesehene Generalsanierung könnten die Planungen bis zur Sommerpause abgeschlossen sein, sodass im September 2013 der Baubeginn erfolge. Eventuell könnte die Baumaßnahme schon Ende 2014 fertig gestellt sein. Bei einer Neuplanung für Abbruch des „Wohnhauses Schill“ mit anschließendem Neubau müsse mit einem Zeitverzug von etwa drei bis vier Monaten gerechnet werden. Aufgrund der Vorgaben könne auch bei einem Abbruch kein komplett anderer Entwurf geplant werden.

BM **Schmid** ergänzt, dass die Planung für die Außenanlagen noch nicht abgeschlossen sei. Die Verwaltung schlage vor, den Bereich der Freiflächen zu vergrößern. Dann könne, zumindest mittelfristig, auf den vorhandenen Weg verzichtet werden. Die Parkplätze sollen erhalten bleiben, der Skaterpark könne eventuell verlegt werden.

Stadtrat **Juraneck** stellt klar, dass der vorgelegte Entwurf unter den bestehenden Bedingungen sehr gut und wirtschaftlich sei. Er bestätigt, dass bei einem kompletten Neubau keine wesentlich andere Planung entstehen könne. Bezüglich des zeitlichen Ablaufs betont er, dass das Ziel eine Inbetriebnahme zum Schuljahresbeginn 2014 sein müsse.

Herr **Werner** (SCD Architekten Ingenieure GmbH) hebt hervor, dass das Hauptproblem sei, dass das „Schill-Gebäude“ zur Wohnnutzung konzipiert worden sei. Der genannte hohe Standard umfasse im BKL z. B. Aspekte wie Gebäudegröße, Aufzug, Erreichbarkeit, Zeitpunkt der Ausschreibung, Mehrgeschossigkeit oder energetischer Standard. Er halte den Entwurf aus architektonischer Sicht anspruchsvoll. Allerdings könnten durch den jetzigen Entwurf einige funktionale Einschränkungen des Altbaus nicht beseitigt werden.

Herr **Härle** (SCD Architekten Ingenieure GmbH) führt weiter aus, dass die Kostenzusammenstellung 20.000 Euro für die Abbruchmaßnahmen am Gebäude und der Garage enthalte.

Stadträtin **Burkhardt** spricht sich dafür aus, in der heutigen Sitzung die Vorl. Nr. 490/12 zu beschließen. Bis zur Sitzung des Gemeinderates am 13.12.2012 müsse die Verwaltung dann noch die Frage der Fördergelder klären sowie den Mitgliedern des Gemeinderats die vorgestellte Präsentation zur Verfügung stellen.

Stadtrat **Gericke** plädiert dafür, die Vorlage zu beschließen um keine Zeit mehr zu verlieren. Er hält einen Abbruch des „Wohnhauses Schill“, auch aus Nachhaltigkeitsaspekten, für nicht sinnvoll. Die Verlegung der Parkplätze sollte seiner Meinung nach geprüft werden.

Stadtrat **Lutz** legt dar, dass eine Entscheidung schwer zu treffen sei solange die finanziellen Rahmenbedingungen, vor allem die Förderfähigkeit eines Abbruches mit Neubau, ungeklärt seien.

Stadtrat **Glasbrenner** erklärt, dass seine Fraktion dem vorliegenden Beschlussvorschlag in der heutigen Sitzung nicht zustimmen könne. Die vorgestellten Informationen aus dem Controlling müssten zunächst innerhalb der Fraktion besprochen werden.

Stadträtin **Liepins** bringt vor, dass sie persönlich einen Neubau für sinnvoller halte. Außerdem bittet sie darum, dass die Verwaltung Beispiele für Kindergärten oder Schulen mit Holz vorlegt.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erwidert, dass das Holz mit einer Lasur versehen werden solle.

BM **Schmid** sagt zu, dass die Präsentation der SCD Architekten Ingenieure GmbH den Mitgliedern des Gemeinderates zur Verfügung gestellt werde. Darüber hinaus fasst er die Wortmeldungen aus der Mitte des Gremiums dahingehend zusammen, dass in der heutigen Sitzung keinen Beschluss gefasst werden soll. Stattdessen solle die Verwaltung bis zur Sitzung des Gemeinderates am 13.12.2012 weitere Informationen vorlegen.

Frau **Barnert** sagt zu, dass die Verwaltung bis zu dieser Sitzung des Gemeinderats eine Übersicht zu den Kosten einer Generalsanierung des Wohnhauses „Schill“ im Vergleich zu den Kosten eines Abbruches des „Schill“-Gebäudes mit anschließendem Neubau erarbeiten werde. Außerdem werde geprüft, ob bzw. in welcher Höhe bei den beiden Varianten mit Fördermitteln des Landessanierungsprogramms gerechnet werden könne.

TOP 2

**Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren im Kindergartenbezirk Hoheneck
Erweiterung der Städtischen Kindertageseinrichtung Reichertshalde
1. Grundsatzbeschluss
2. Vergabe der Planungsleistungen
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 478/12

Abweichender Empfehlungsbeschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die Erweiterung der Kindertageseinrichtung Reichertshalde 51 auf der Grundlage der überarbeiteten Flächenstudien „Alternative A-Neu“ grundsätzlich.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Leistungsphase 1 und 2 (Grundlagenermittlung und Vorplanung) auszuarbeiten und den gemeinderätlichen Ausschüssen durch Informationsvorlage oder mündlich zu berichten.
3. Das Ingenieurbüro Zeeh, Schreyer + Partner, Sonnenhalde 52, 71642 Ludwigsburg, wird mit den Leistungsphasen 1 und 2 für die Planung von Heizung, Lüftung und Sanitär beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) verweist auf die Vorl. Nr. 478/12, welche die vom Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt gewünschte Weiterentwicklung enthalte.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) ergänzt, dass nun zwei Alternativen, „A-Neu“ und „B-Neu“, ausgearbeitet worden seien. Außerdem stellt sie die Grundzüge dieser beiden Varianten dar. Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales habe in seiner Sitzung am 28.11.2012 einen abweichenden Beschluss getroffen.

BM Schmid liest den folgenden abweichenden Beschluss des Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales vor:

1. Der Gemeinderat beschließt die Erweiterung der Kindertageseinrichtung Reichertshalde 51 auf der Grundlage der überarbeiteten Flächenstudien „Alternative A-Neu“ grundsätzlich.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Leistungsphase 1 und 2 (Grundlagenermittlung und Vorplanung) auszuarbeiten und den gemeinderätlichen Ausschüssen durch Informationsvorlage oder mündlich zu berichten.
3. Das Ingenieurbüro Zeeh, Schreyer + Partner, Sonnenhalde 52, 71642 Ludwigsburg, wird mit den Leistungsphasen 1 und 2 für die Planung von Heizung, Lüftung und Sanitär beauftragt.

Stadtrat **Lutz** erklärt, dass seine Fraktion die „Alternative A-Neu“ bevorzuge, da diese einen größeren Gartenanteil enthalte. Allerdings seien die großen Flure nicht ideal.

Stadtrat **Juraneck** legt dar, dass sich seine Fraktion ebenfalls für die „Alternative A-Neu“ ausspreche. Allerdings müssten die Details, z. B. Lage des Eingangs oder Position der Fenster, noch überarbeitet werden. Außerdem könnte der Abstand, welcher derzeit 13,30 Meter betrage, seiner Meinung nach verringert werden.

Stadtrat **Glasbrenner** und seine Fraktion halten die „Alternative A-Neu“ für die bessere Variante. Die Details der Planung müssten eventuell noch überarbeitet werden.

Stadtrat **Gericke** schildert, dass seine Fraktion die „Alternative A-Neu“ bevorzuge.

Stadtrat **Haag** und seine Fraktion können die „Alternative A-Neu“ befürworten, da dies die kompaktere Lösung sei.

Stadträtin **Burkhardt** spricht sich auch für die „Alternative A-Neu“ aus.

Die Mitglieder des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt sprechen sich einmütig dafür aus, nicht den Beschlussvorschlag der Vorl. Nr. 478/12 zur Abstimmung zu stellen. Stattdessen soll über den abweichenden Empfehlungsbeschluss abgestimmt, den der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales in seiner Sitzung am 28.11.2012 getroffen hat.

Sodann ruft BM **Schmid** zur Abstimmung über den Beschluss des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales, siehe oben, auf.

Beratungsverlauf:

Herr **Mayer** (FB Bürgerbüro Bauen) schildert das bisherige Verfahren und die aufgetretenen Probleme. Nachdem der Bauherr die Planungen verändert habe, sei das Bauvorhaben jetzt aus Sicht der Verwaltung genehmigungsfähig.

Stadtrat **Lutz** bedankt sich bei der Wolfgang Reisser-Stiftung und deren Förderung des Sports. Seine Fraktion sei zufrieden mit der Gestaltung des Gebäudes. Allerdings bemängelt er, dass der Bolzplatz wegfallen werde.

Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) erwidert, dass bereits ein Ersatzstandort für ein multifunktionales Spielfeld im Sportpark Ost ausgesucht worden sei.

Stadtrat **Juranek** schließt sich seinem Vorredner an. Die vorgestellte Architektur sei sehr qualitativ. Jedoch sei die Lage der Stellplätze nicht ideal und die Höhe grenzwertig.

Stadtrat **Glasbrenner** bedankt sich ebenfalls bei dem Engagement der Wolfgang Reisser-Stiftung. Eventuell müsse aber über zusätzliche Parkplätze nachgedacht werden.

Stadtrat **Gericke** ist der Meinung, dass sich die Höhe des Gebäudes eventuell durch die Bäume relativieren werde. Er könne dem Bauvorhaben zustimmen.

Stadtrat **Haag** betont, dass hier eine hervorragende Sportanlage entstehen werde und wünscht dem Projekt viel Erfolg.

Stadträtin **Burkhardt** bemängelt, dass das Bauvorhaben die Zukunft der ganzen Fläche bestimmen werde. Außerdem kritisiert sie, dass die Meinung des Büros Eisenmann, Wahle, Birk hier Grundlage einer baurechtlichen Entscheidung sei. Die Bauplanung sei so umfangreich, dass nicht von einer dienenden Funktion gesprochen werden könne. Der Bedarf für Schwimmbad und Tennisplätze müsste mit Zahlen nachgewiesen werden. Sie werde sich heute enthalten, da sie noch Abstimmungsbedarf mit Stadtrat Hillenbrand vorhanden sei.

Stadtrat **Lettrari** freue sich über das Projekt und bedankt sich bei der Stiftung.

Stadtrat **von Stackelberg** plädiert dafür, dass Gemeinderat und Stadtverwaltung die Projekte Sporthalle Ost, Sportpark Ost sowie Wohnpark Fuchshof baldmöglichst weiterverfolgen sollte.

Herr **Mayer** informiert, dass eine Beschlussfassung über die Vorl. Nr. 369/12 nicht erforderlich sei, da sich der Beschlussvorschlag lediglich auf den Aspekt der Sportförderung beziehe. Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales habe der Förderung des Projekts bereits in seiner Sitzung am 28.11.2012 zugestimmt.

Beratungsverlauf:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 16.11.2011, Vorl. Nr. 499/11, ist bereits mit der Beratung und Beschlussfassung in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales am 28.11.2012 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.

Abweichender Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Grundsanierungsbedarf für die Nachholung der bisher zurückgestellten Sanierung der Museumsräume im Kulturzentrum, incl. der ehemaligen Hausmeisterwohnung, zu ermitteln.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die inhaltliche Konzeption und die *Vorplanung* mit *Kostenschätzung* für die Erweiterung der Stadtbibliothek mit Integration einer vom Energetikom unterstützten Ausstellung und der Ludwigsburger Energieagentur (LEA) in die frei werdenden Räume des Städtischen Museums (Kulturzentrum, Wilhelmstraße 9/1) zu erarbeiten. Dabei sind mögliche Alternativen zu untersuchen.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, die stufenweise Vergabe der Planungsleistung Architektur (zunächst LPH 1-2) nach HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) auf Grundlage von drei abgefragten Angeboten mit einem vorläufigen Gesamthonorar (LPH 1-9) in Höhe von max. 180.000.- inkl. 19 % MwSt zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und nach Ziffern getrennt.

Der Beschluss zu Ziff. 2 wird mit 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zu den Ziffern 1 und 3 wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Lutz

Beratungsverlauf:

Herr **Stierle** (FB Bildung, Familie, Sport) verweist auf die Vorl. Nr. 494/12 und geht kurz auf die Entwicklung des Kulturzentrums und der Stadtbibliothek ein. Durch den Verwaltungsvorschlag würden sowohl Vorteile für die Ausstellung als auch für die Bibliothek entstehen.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) gibt bekannt, dass im Januar 2013 ein Workshop zu dem Thema Weiterentwicklung Kulturzentrum stattfinden solle. Außerdem erinnert er an den abweichenden Beschluss des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 28.11.2012.

Stadtrat **Noz** erklärt, dass für seine Fraktion die Unterbringung des Energetikoms im Vordergrund stehe und erste Priorität besitze. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob das Energetikom auch im Kulturzentrum angesiedelt werden könne. Darüber hinaus müsse darauf geachtet werden, dass mögliche Fördergelder nicht verfallen.

Stadtrat **Juranek** ist der Meinung, dass das Energetikom nicht in einer Bibliothek und nicht im Untergeschoss des Kulturzentrums untergebracht werden solle. Schwierig sei zudem die Erschließung der Bibliothek über das Untergeschoss. Dagegen sei das pädagogische Konzept durchaus sinnvoll.

Stadtrat **Glasbrenner** vertritt den Standpunkt, dass die frei werdenden Räume des Museums eine große Chance für die Stadtbibliothek sei, die auch genutzt werden solle. Zunächst müsse eine Bestandserhebung durchgeführt und anschließend das Raumprogramm erstellt werden. Seine Fraktion sei der Ansicht, dass klare Aussagen der Verwaltung zum Energetikom und der Ludwigsburger Energieagentur LEA e.V. fehlen würden. Er könne die vorgeschlagene Lösung grundsätzlich mittragen.

Stadträtin **Steinwand** legt dar, dass sie generell mit dieser sehr kreativen Lösung einverstanden sei. Sie regt an, bei der Weiterentwicklung des Kulturzentrums auch Jugendliche einzubeziehen.

Stadtrat **Haag** hält die Verbindung von Stadtbibliothek und Energetikom für sehr schwierig. Auch die Vertreter der Ludwigsburger Energieagentur LEA e.V. seien nicht glücklich über den Vorschlag der Verwaltung. Er sei noch nicht davon überzeugt, ob das Kulturzentrum das richtige Gebäude für die LEA sei.

Stadträtin **Burkhardt** begründet den Antrag von ihr und Stadtrat Hillenbrand vom 23.11.2011, Vorl. Nr. 553/11. Sie erinnert an das Konzept der Verwaltung zur Weiterentwicklung des Kulturzentrums vom Oktober 2011. Darin sei angegeben, dass der Bedarf der Bücherei bei einem Neubau bei 3.800 m² liegen würde. Da im Kulturzentrum lediglich 3.000 m² realisiert werden könnten, komme eine andere Nutzung für sie nicht in Frage. Der Ziff. 1 des Beschlussvorschlages der Vorl. Nr. 494/12 könne sie zustimmen, sofern sicher sei, dass der Grundsaniierungsbedarf so festgestellt werde, dass später alle Nutzungsalternativen möglich seien. Bezüglich der Ziff. 2 stellt sie den Antrag, den Zusatz „mit Integration einer vom Energetikom unterstützten Ausstellung und der Ludwigsburger Energieagentur (LEA)“ zu streichen.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Liepins** schildert Herr **Weißer**, dass der genaue Flächenbedarf erst noch ermittelt werden müsse. Für andere Gebäude sei bisher mit ca. 200 m² Ausstellungsfläche zuzüglich der Bürofläche für die LEA gerechnet worden.

BM **Schmid** lässt über den Antrag von Frau Burkhardt zur Änderung der Ziff. 2 des Beschlussvorschlages, siehe oben, abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend bittet Stadträtin **Burkhardt** um getrennte Abstimmung der Ziff. 2.

BM **Schmid** schlägt vor, den folgenden abweichenden Beschluss des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales zur Abstimmung zu stellen.

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Grundsanierungsbedarf für die Nachholung der bisher zurückgestellten Sanierung der Museumsräume im Kulturzentrum, incl. der ehemaligen Hausmeisterwohnung, zu ermitteln.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die inhaltliche Konzeption und den Entwurf mit *Kostenschätzung* für die Erweiterung der Stadtbibliothek mit Integration einer vom Energetikom unterstützten Ausstellung und der Ludwigsburger Energieagentur (LEA) in die frei werdenden Räume des Städtischen Museums (Kulturzentrum, Wilhelmstraße 9/1) zu erarbeiten. Dabei sind mögliche Alternativen zu untersuchen.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, die stufenweise Vergabe der Planungsleistung Architektur (zunächst LPH 1-2) nach HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) auf Grundlage von drei abgefragten Angeboten mit einem vorläufigen Gesamthonorar (LPH 1-9) in Höhe von max. 180.000.- inkl. 19 % MwSt zu vergeben.

Die Mitglieder des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt erklären sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Allerdings solle in Ziff. 2 Entwurf durch Vorplanung ersetzt werden.

Sodann ruft BM **Schmid** zur Abstimmung auf.

TOP 4.1	Haushalts- und Investitionsplan 2012 ff.: Erweiterung der Stadtbücherei - Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) und Stadtrat Hillenbrand (Linke) vom 23.11.2011	Vorl.Nr. 553/11
----------------	---	------------------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag der Stadträte Burkhardt (LUBU) und Hillenbrand (Die Linke) vom 23.11.2011, Vorl. Nr. 553/11, ist mit Beratung und Beschlussfassung zur Vorl. Nr. 494/12 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.

TOP 5	Gesplittete Abwassergebühr - Mündlicher Bericht
--------------	--

Beratungsverlauf:

Siehe Niederschrift zur Sitzung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung vom 29.11.2012.

TOP 6**Eigenbetrieb Stadtentwässerung Ludwigsburg**

Beratungsverlauf:

Siehe Niederschrift zur Sitzung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung vom 29.11.2012.

TOP 6.1**Wirtschaftsplan 2013
(Vorberatung)**

Beratungsverlauf:

Siehe Niederschrift zur Sitzung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung vom 29.11.2012.

TOP 6.2**Jahresabschluss 2011
(Vorberatung)**

Beratungsverlauf:

Siehe Niederschrift zur Sitzung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung vom 29.11.2012.